

Strom aus der Wüste?

Großkonzerne zeigen grünes Gewissen?

Im Sommer geistern die unglaublichsten Meldungen durchs Sommerloch. Dieses Jahr überraschten Siemens, RWE und Co mit der Meldung 400 Milliarden EURO im Bereich der Erneuerbaren Energien investieren zu wollen. Kommt jetzt die Energiewende?

Frank Scholz

Hintergrund der Pläne sind die schwindenden Vorräte an „konventionellen“, also fossilen Energieträgern wie Kohle, Gas oder Erdöl. Bislang ist für die global agierenden Konzerne die Umwandlung von fossilen Brennstoffen in Strom ein gutes Geschäft. Haben sie doch die gesamte Wertschöpfungskette von der Gewinnung der Rohstoffe bis zum Verkauf und der Lieferung des Stroms unter ihrer Kontrolle. Und jetzt beglücken sie uns mit der Vision einer großflächig verspiegelten Sahara inklusive einiger Hochspannungsleitungen quer über das Mittelmeer, um Mitteleuropa auch in Zukunft verlässlich mit Strom versorgen zu können. Der wäre konsequent umweltverträglich und CO₂-neutral produziert.

Die Spiegel sind Teil der geplanten solarthermischen Kraftwerke. In großen Rinnen werden die Sonnenstrahlen auf Röhren konzentriert, in denen sich ein Spezialöl erhitzt. Über Wärmetauscher wird Wasser in Dampf verwandelt, der dann eine Turbine antreibt und so letztendlich Strom erzeugt. Der Strom gelangt dann über gewaltige Umspannwerke und Leitungen über das Meer nach Norden zum Endverbraucher. Auf dem Transport bleiben aber etwa 15 Prozent der gewonnenen Strommenge auf der Strecke.

Einbahnstraßen für Strom

Und was haben die Nordafrikaner davon? Zuerst einmal nichts. Denn wie bei den Öl- und Gasbohrungen stellen sie nur den Grund und Boden und eine Hand voll Hilfsarbeiter. Fachpersonal und Technologie kommen aus Europa, dorthin fließen Strom und Geld zurück. Denn den in der Sahara erzeugten Strom wollen E.ON und RWE sich teuer bezahlen lassen. Risiken gibt es genug. Die gesamte Region südlich des Mittelmeeres ist mittlerweile politisch instabil, die Stromleitungen und die Kraftwerke ein einfaches Ziel für Terroranschläge. Aber auch die globale Klimaveränderung könnte den ehrgeizigen Plänen ein Ende bereiten. Staub- und Sandstürme werden nicht ohne Folgen über die großflächigen Anlagen hinwegfegen. Die Regierungen von Algerien und Marokko setzen schon auf die Stromversorgung durch Solarthermie. Entsprechende Anlagen bauen spanische Firmen, die in Spanien eigene Kraftwerke betreiben und so Erfahrungen sammeln konnten. Die Bilanzen der bisher von der deutschen Industrie angeschobenen Großprojekte in Sachen Energieerzeugung sind dagegen verheerend. Keines der geplanten Vorhaben ist über die Erprobungsphase hinaus gekommen. Erinnert seien an den GROWIAN und den schnellen Brüter.

Mit Energieeffizienz gegen ein Millionengrab

Die kritischen Stimmen in Deutschland wie die von Hermann Scheer zeigen eine andere Zukunft für unsere Energieversorgung. Sie führen an, dass das Potential im Bereich der Erneuerbaren Energien noch lange nicht ausgeschöpft ist.

Im Zusammenspiel mit weiteren Anstrengungen im Bereich der effizienteren Energienutzung würde ein Import von Solarstrom aus der Wüste, ähnlich wie der aus altersschwachen Kernkraftwerken, mehr als überflüssig. Außerdem würde eine dezentrale Energieversorgung flexibler und kostengünstiger für den Endverbraucher ausfallen. Großprojekte wie Kernkraftwerke oder DESERTEC dienen am Ende nur dem Machterhalt einiger weniger Großkonzerne. Die 400 Milliarden Euro sind anderweitig wesentlich besser angelegt.

Nach neuesten Meldungen sollen Anfang Oktober die Verhandlungen über eine Vergrößerung des Kreises der beteiligten Firmen in Algerien beginnen. Darunter befinden sich unter anderem die italienische Enel, der spanische Netzbetreiber Red Electrica España, die französische EDF und Unternehmen aus Marokko, Tunesien und Ägypten. Für das Projekt ist es wichtig, die – oft staatlichen oder halbstaatlichen – Versorger aus den Ländern zu beteiligen, in denen die Anlagen stehen sollen oder durch die die Leitung verlaufen sollen. Nach den Verhandlungen starten die Ausschreibungen und danach die Genehmigungs- und Bauphasen. Viel Zeit für einen Protest bleibt also nicht mehr.



www.siebengebirgsregion.de

Aufwachen!

Die Wahlen sind vorüber, kommunal und im Bund, und ob diese Bundestagswahl nun eine »Wende« war oder lediglich der Austausch eines Koalitionspartners der Union durch einen anderen ohne große Politikänderungen, wird man wohl frühestens in einem Jahr sagen können.

Jürgen Maier

Kommunal hat sich in der Region jedenfalls nicht viel geändert. Der umtriebige Landrat Kühn denkt nicht an die Rente mit 67, und mangels eines glaubwürdigen Herausforderers war sein klarer Sieg zu erwarten - auch wenn man nicht so recht eine Antwort auf die Frage zu finden vermag, was er bisher eigentlich politisch bewegt hat. Die Bonner Verwaltung bleibt in SPD-Hand, im Rat gibt es nach wie vor de facto groß-koalitionäre Zustände und angesichts des Millionenfiascos um das WCCB ist Jürgen Nimptsch sicher nicht um seinen neuen Job zu beneiden. Uns interessiert schon eher, ob er neue Akzente setzt bei Fragen wie dem beklagenswerten Zustand des ÖPNV oder den grotesken Planungen zur Verkleinerung des Busbahnhofs. Man kann es hoffen, aber zu erwarten ist es nicht - dafür müsste er erhebliche Widerstände in der Verwaltung und im Rat überwinden und das wird er nicht tun, wenn er - wie im Wahlkampf angekündigt - den »Moderator« spielen will. Einzig der Verlust der absoluten CDU-Mehrheit in Königswinter ist nach der Kommunalwahl ein Novum. Aber uns fehlt doch der Glaube an eine neue Politik, denn die Zustimmung zu der verfehlten Königswinterer Politik - etwa der systematischen ÖPNV-Vernachlässigung und der überzogenen Ausweitung neuer Baugebiete - ging auch im alten Rat weit über die Fraktionsgrenzen der CDU hinaus und der neue Bürgermeister ist bekanntlich auch der alte.

Dennoch können wir uns nach den Wahlen auf etwas mehr Kontroversen gefasst machen. Der alte und neue CDU-MdB des Rhein-Sieg-Kreises, Norbert Röttgen, kündigte schon vor der Bundestagswahl an, die alte Südtangente komme mit Schwarz-Gelb wieder »auf die Tagesordnung«. Nun ist »Tagesordnung« natürlich kein juristisch klar definierter Begriff. Die kommunalpolitische Tagesordnung ist überall auf der Welt von Leuten geprägt, die so tun, als könnten sie in der Hauptstadt Gelder locker machen, um hausgemachte Probleme zu lösen. Manchmal schaffen sie das auch. Und wenn sie es nicht schaffen, haben sie jedenfalls einen bequemen Sündenbock. Für die schätzungsweise 150 Millionen teure Südtangente kommt nur Geld vom Bund in Frage, das Land NRW gibt im ganzen Jahr nicht so viel für den Straßen-Neubau aus. Laut Bundesverkehrsministerium ist der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) »Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument, jedoch kein Finanzierungsplan oder -programm. Für den Zeitraum 2001 bis 2015 ergibt sich für die drei Verkehrsträger Schiene, Straße, Wasserstraße ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 150 Milliarden Euro« - mit anderen Worten, die bis 2015 geplanten Projekte sind auch noch nicht alle finanziert. Nun kann natürlich eine schwarz-gelbe Bundesregierung den bis 2015 gültigen BVWP aus rot-grünen Zeiten vorzeitig außer Kraft setzen und einen neuen beschließen, aber auch die rot-grüne Regierung hat mehr als eine ganze Wahlperiode gebraucht, um diesen komplizierten Ablauf über die Bühne zu brin-

gen. 16 Länder haben Wünsche, endlos viele Kommunen wollen wie die wackeren CDUler aus dem Rhein-Sieg-Kreis den Bund die Folgen einer verfehlten kommunalen Verkehrspolitik bezahlen lassen und für alle reicht nun mal das Geld nicht. Und so kam die alte Südtangente auch in 16 Jahren Schwarz-gelb unter Helmut Kohl nicht über das Planungsstadium hinaus, auch wenn sie immer auf der »Tagesordnung« kommunalpolitischer Wichtigkeit stand. Allerdings: Damals blockierte die SPD-geführte NRW-Landesregierung, dafür war Bonn fest in CDU-Hand. Heute ist es umgekehrt. Immerhin sind inzwischen die alten Planungen hinfällig - das gesamte jahrelange Planungsverfahren müsste neu aufgerollt werden, und selbst dann ist angesichts gähnend leerer Kassen ein Bau dieses Projekts mehr als fraglich. Aber wir sollten die alte Garde der Rhein-Sieg-CDU nicht unterschätzen: Landrat Kühn erklärte auf die Frage des General Anzeigers, was seine größte politische Niederlage war »die Streichung der Südtangente aus dem BVWP durch Rot-Grün«. Da geht es also längst weniger um rationale Verkehrspolitik als um Leute, die sich noch Denkmäler setzen wollen. Dafür mobilisieren sie erfahrungsgemäß mehr Energie als für rationalere, langweiligere Dinge.

Auf eines kann man sich jedenfalls gefasst machen: Per Volksabstimmung wird die Südtangente nicht gekippt, sondern nur durch politische Gegenwehr. Dass Großprojekte wie solche Asphalttrassen in diesem Staat einem Volksentscheid entzogen sind, aber über Waldtrampelpfade per Volksabstimmung entschieden wird, gehört zu den grotesken Seiten der diesjährigen Wahlsaison. Mit der Abstimmung in Bad Honnef ist das Nationalparkprojekt einstweilen beerdigt. Machen wir uns nichts vor: Hier wurde nicht gegen einen obskuren Nationalpark gestimmt, sondern gegen die Einschränkung der vielfältigen Nutzungsansprüche durch mehr Naturschutz. Kein einziger Nationalpark in Deutschland wäre gekommen, hätte man darüber Volksabstimmungen durchgeführt und wahrscheinlich auch kaum ein Naturschutzgebiet. Das Niveau der öffentlichen Debatte in der Region über den Nationalpark war über weite Strecken beschämend. Von einer aktiven Umweltbewegung war weit und breit nichts zu sehen. Die werden wir aber in Zukunft brauchen. Dass es diese in den Dörfern des Siebengebirges nicht gibt, mag ja noch angehen. Dass aber in einer »Bundesstadt«, »UN-Klimahauptstadt« und immerhin großen Universitätsstadt sich so gut wie keine Umweltbewegung mehr in die Kommunalpolitik einmischte, ist ein ziemliches Fiasco. Über ein paar Leserbriefe und Bürgereingaben hinaus ist diesbezüglich kaum noch etwas wahrnehmbar. Busnetz-Chaos hin, Nationalparkdebatten her - wirksamer öffentlicher Druck auf die Parteien in Richtung mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit findet in Bonn nicht mehr statt. So darf es nicht bleiben. Jetzt ist nicht Jammern über Schwarz-Gelb in Berlin angesagt, sondern »Arsch hoch«. Woanders geht das doch auch.



Bauen & Wohnen im Einklang mit der Natur

An der Margarethenkirche 31
53 117 Bonn - Graurheindorf

Tel. 0228 - 693999, www.biobaubonn.de

Tun Sie etwas Gutes für Ihre Region: Werden Sie Mitglied bei uns!

Wir vertreten auch Ihre Interessen.

Telefon: 0175-5927287

www.siebengebirgsregion.de